

N I E D E R S C H R I F T

über die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	11.07.2002
von:	16:30 Uhr
bis:	20:15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Strunk, Christine - als Vorsitzende
Bäbler, Walter
Dehmel, Michael - bis 17.55 Uhr, Ende TOP 7 öT -
Fries, Traute
Gierlich, Michael
Kessler, Silvia
Müller, Manfred
Schäfer, Friedrich-Wilhelm - für Stv Dr. Volz, Peter -
Schlabach, Alfred - für AM Hecker, Heribert -
Stahl, Markus - bis 20.05 Uhr, während TOP 14 öT -
Steuber, Burkhard - bis 19.00 Uhr, Ende TOP 9 öT -
Vetter, Wolfgang - bis 17.35 Uhr, während TOP 6 öT -

II. Beratende Mitglieder:

Brandl, Willi
Rinder, Gustav - bis 19.40 Uhr, Ende TOP 10 öT -
Schneider, Walter

III. Als Zuhörer:

Kubosch, Ralf

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Schlabach bestimmt.

26. AfULE 11.07.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift vom 09.04.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift vom 16.05.2002 liegt noch nicht vor.

26. AfULE 11.07.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

26. AfULE 11.07.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

26. AfULE 11.07.2002

5. Toilettenanlage am Geisweider Busbahnhof

Herr Vetter weist erneut auf den schlechten Zustand der Toilettenanlage am Geisweider Busbahnhof hin. Nach Auskunft der Verwaltung sei kein Geld vorhanden und baten um einen realisierbaren Vorschlag. Negativ aufgefallen ist ihm auch, die Arbeit der beauftragten Reinigungsfirma. Diese ist verpflichtet täglich ihre Anwesenheit gegenzuzeichnen, aber seines Erachtens werden die nötigen Arbeiten nicht durchgeführt. In der Toilettenanlage sind sehr viele Kleinigkeiten zerstört. Es ist zu überdenken, ob die Wartungsarbeiten nicht auch durch die Reinigungsfirma übernommen werden sollten. Auch wenn eine Komplettsanierung finanziell nicht möglich ist, sollte wenigstens die Benutzbarkeit sichergestellt sein. Vielleicht ist es möglich einen Partner für die Toilettenanlage zu finden, wie in der Siegener

Oberstadt.

Die nötigen Sanierungsarbeiten sagt Herr Schul für den nächsten Tag zu.

Herr Röcher sieht nicht ein, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nur für Vandalismusschäden zu verausgaben. Sollte es zu einer erneuten Zerstörung kommen, wird er die Toilettenanlage schließen.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

6. Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft - Information und Grundsatzdiskussion -mündlicher Bericht

Herr Bender gibt einen Sachstandsbericht zur Abfallwirtschaft im Kreis Siegen-Wittgenstein. Die derzeitige Deponierungstechnik hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich und ökologisch bewährt, dennoch sind nur noch zwei Deponien im Kreisgebiet vorhanden. Ab 2005 ist die Deponierung ohne Vorbehandlung gesetzlich nicht mehr zulässig. Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat sich in den vergangenen zwei Jahre intensiv mit neuen Systeme beschäftigt und mögliche Modelle unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten entwickelt. Die Müllentsorgungskosten sind im Kreisgebiet verhältnismäßig gering, eine Gebührenerhöhung wird durch die zusätzliche Weiterbehandlung voraussichtlich nicht auszuschließen sein. Dennoch soll der Gebührenmaßstab erträglich bleiben. Nach einer mechanisch biologischen Vorbehandlung werden die Abfälle wie bisher auch künftig thermisch verwertet. Eine eigene Anlage im Kreisgebiet kommt nicht in Frage. Daher wird die Abfallentsorgung entweder in einem Verbund mit anderen Kommunen durchgeführt oder aber durch eine privatrechtliche Vergabe durchgeführt. Diesbezügliche Diskussionen werden nach der Sommerpause eingeleitet, um bis zum Jahr 2005 zu einer Lösung zu gelangen.

Frau Boot gibt Auskunft über die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Grundsätzlich sind die Kreise sind für eine Abfallentsorgung zuständig. Die Durchführung einzelner Aufgaben kann aufgrund gesetzlicher Regelungen an private Unternehmen vergeben werden. Bei Beteiligung großer Unternehmen, besteht die Eingriffsmöglichkeit seitens des Kartellamtes. Ausnahmen bieten die Abfallwirtschaftspläne, die vom Regierungspräsidenten aufgestellt werden. Die Festsetzung der Abfallgebühren unterliegt der kommunalen Selbstverwaltungshoheit, Verwiesen wird auf die aktuelle Abfallbilanz, die die statistische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verdeutlicht. Für Siegen verläuft diese seit der Einführung der Biotonne sehr positiv. 55 % der Abfälle werden verwertet, der Rest entsorgt. Gemäß § 29 Kreislaufwirtschaftsgesetz sind die Kreise verpflichtet, Abfallwirtschaftsplanungen mit den Zielen der Abfallvermeidung und -verwertung durchzuführen. Sie müssen eine 10-jährige Entsorgungssicherheit begründen und alle 5 Jahre fortgeschrieben werden. Bis Ende diesen Jahres soll ein Konzept entwickelt werden, wie der Restmüll vorzubehandeln ist. Laut der

„Technischen Anleitung Siedlungsabfall“ können Ausnahmen zur Vorbehandlung zugelassen werden, wenn bis 2005 die nötigen Entsorgungskapazitäten nicht nachgewiesen werden können. In der Siegener Region fehlen diese zwar, aber landesweite ist ein Ausgleich möglich. Ziel der Landesregierung ist, ab 2003 keine vorbehandlungsbedürftigen Abfälle, wie den Restmüll, unvorbehandelt auf die Deponien zu transportieren, um störende Emissionen zu vermeiden. Die Art und Weise der Entsorgung bleibt weiterhin den Kreisen überlassen. Das Ministerium in Düsseldorf gegenüber dem Regierungspräsidenten in Arnsberg signalisiert, wonach für den Hausmüll der hiesige Region ab 2003 eine Lösung zu finden ist, da sich keine Vorbehandlungsanlage vor Ort befindet. Diesbezüglich finden derzeit Gespräche zwischen den betroffenen Kreisen statt.

Die Ausführungen von Herrn Meiß sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach Ansicht von Herrn Schneider soll möglichst viel Müll produziert werden, um eine Auslastung der Kapazitäten zu gewährleisten und eine Preiserhöhung zu vermeiden. Das ist ökologisch gesehen nicht zu unterstützen.

Herr Gierlich sieht ein Problem in den steigenden Gebühren, die auf überdimensionierte Abfallanlagen zurückzuführen sind. Ziel ist es, dass die Müllmengen möglichst kostengünstig und ökologisch orientiert entsorgt werden.

Herr Meiß gibt zu bedenken, dass die Entsorgungsträger eine Preisreduzierung zu gesagt haben, da die nötigen Müllmengen vorhanden sind. Beispielhaft ist die Anlage in Hamm, wo eine gerechte Preispolitik durchgeführt wird. Öffentliche Träger und Private zahlen den selben Preis.

Frau Strunk interessiert sich für eine Stellungnahme des Kreis Siegen-Wittgenstein zu den Ausführungen von Herrn Meiß.

Auch wenn Eile geboten, sollte man sich nicht zu einem Entschluss drängen lassen, so Herr Bender. Die Belange der Bürger sollten derzeit vorrangig im Interesse des Kreises stehen als die landespolitischen Zielvorgaben.

Eine Kooperation mit den Bundesländern Hessen oder Rheinland-Pfalz ist bisher nicht angedacht worden, so dass der Siegener Müll nach Iserlohn transportiert werden musste. Es wird sich als schwierig erweisen, Kooperationspartner im Umkreis zu finden. Der Hochsauerlandkreis hat bereits selbständig ausgeschrieben. Ein Gespräch zwischen den Städten Olpe, Dortmund und dem Märkischen Kreis hat bereits stattgefunden, um das Modell von EkoCity für diesen Bereich zu untersuchen. Andere Möglichkeiten sollten offen gehalten werden. Die Entsorgung muss dauerhaft und umweltfreundlich gesichert sein. Jede Tonne Abfall, die ab 2005 anfällt muss kostengünstig behandelt werden, daher ist auf Müllreduzierung hinzuwirken.

Frau Strunk dankt für die ausführliche Berichterstattung zur zukünftigen Abfallwirtschaft im Kreis Siegen-Wittgenstein.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

7. Ausbau der Giersbergstraße K 5 von „Hohler Weg“ bis Einmündung „Batterieweg“

Vorlagennr. 2111/2002

Auf Frage von Frau Strunk, weist Herr Koch darauf hin, dass der Bauausschuss derzeit über eine geeignete Lösungsmöglichkeit im Kreuzungsbereich zum Bürbacher Weg diskutiert.

Herr Gierlich bittet darum, dass der Ausschuss in Zukunft in derartige Planungen mit einbezogen wird.

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

8. Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes; mündlicher Bericht

Eine Ausführung der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetz ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

9. Einführung der Geräte- und Maschinenlärmverordnung - mündlicher Bericht -

Eine Ausführung der Geräte- und Maschinenlärmverordnung ist der Niederschrift der Anlage beigelegt.

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

10. Bebauungsplan Nr. 250 „Im Boden“ im Stadtteil Oberschelden; hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
- Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
- Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden

- **Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung**
- **Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 „Im Boden“**

Vorlagennr. 1997/2002

Die Herren Ante und Backfisch stellen den städtebaulichen Entwurf und die Landschaftsplanung vor.

Herr Schlabach beleuchtet die historische Entwicklung des Baugebietes. Dem Bebauungsplan kann er nur zustimmen.

Auf Frage von Frau Strunk fasst Herr Brune kurz die Ergebnisse der Bürgerversammlung in Oberschelden zusammen. Die Bebauungsplanvorstellung war als Informationsveranstaltung gedacht, trotz gespaltener Meinungsäußerungen.

Frau Fries würde eine Bebauung „Vor der Hohler“ vorziehen, da dort die Erschließungskosten geringer ausfallen. Dieser Vorlage kann sie nicht zustimmen.

Frau Rohr ist leider entgangen, auf eine Änderung in der Vorlage hinzuweisen. Auf Seite 14 im vorletzten Absatz des Umweltberichtes muss es nun heißen:
Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Dieser Auswirkung wird begegnet, indem der verstärkte Oberflächenabfluss in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet wird. Der vorhandene Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

Das gewählte Entwässerungssystem ist nicht umweltfreundlich, so Herr Kubosch. Weiterhin bezweifelt er, die Notwendigkeit des Baugebietes, da sich innerorts 40 Bauplätze befinden. Die Versickerung ist noch nicht abschließend geklärt.

Auch Frau Strunk bemängelt das Mischsystem, gerade weil das Kanalnetz in Oberschelden erst kürzlich erneuert worden ist. Ihres Erachtens wird der Umweltschutz aus Kostengründen in den Hintergrund gestellt.

Herr Schul gibt zu bedenken, dass ein Trennsystem aufgrund der vorhandenen Vorfluter im Kanal nicht möglich ist. Zur Versickerung im Baugebiet kann er keine Ausführungen machen, hier muss der ESi Stellung nehmen. Die Stellungnahme wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Schneider ist von der Wohnlage für junge Familien überzeugt. Dennoch ist der Weiterbau der Westerwaldautobahn zu berücksichtigen, der durch diese Region führt.

Herr Schlabach weist darauf hin, dass die freien Baulücken nicht zur Verfügung stehen. Die betroffenen Anwohner sind alle für den Bebauungsplan. Ihnen wird nun die Möglichkeit gegeben ihre Grundstücke zu verkaufen oder selbst zu nutzen.

Frau Strunk ist der Ansicht, dass die Weiterentwicklung von Oberschelden durch eine Ansiedlung von bis zu 180 Neuanwohnern vorangetrieben wird. Allerdings wurde die kaum vorhandene Infrastruktur in Oberschelden nicht bedacht. Zudem regt sie an, bei allen Bebauungsplänen eine hundertprozentige Ausgleichsregelung zu treffen. In Oberschelden besteht ihrer Ansicht nach kein Wohnbedarf für die Ortsansässigen und daher wird sie der Vorlage nicht zustimmen können.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1 zur Vorlage) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergr", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft.
2. die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) zu behandeln;
3. gem. § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung;
4. der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7 zur Vorlage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.

Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen

11. Information über geplante Mobilfunkstandorte im Stadtgebiet

Vorlagennr. 2068/2002

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

12. Energiebericht 2001 der Stadt Siegen

Vorlagennr. 2084/2002

Herr Pucker informiert anhand von Folien über den Energiebericht 2001.

Da Herr Pucker sich bereits im Ruhestand befindet, loben Frau Strunk und Herr Müller sein großes Engagement und wünschen ihm alles Gute.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

**13. Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen;
hier: Mittelaufteilung**

Vorlagennr. 2065/2002

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2002 sowie der Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel beschließt der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 2.500,00 € aus der HSt. 1.120.9500.4 für das Solarprojekt der Hauptschule Eiserfeld.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**14. Sitzung der städt. Baumkommission am 20.06.2002
hier: Beschlussempfehlungen**

Vorlagennr. 2086/2002

Herr Kubosch betont besonders den Erhalt von alten und kranken Bäumen, der durch eine fachgerechte Beschneidung gewährleistet werden kann.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Baumkommission die Verantwortung hinsichtlich der Verkehrssicherheit trägt. Aber bei jeder Begehung sind Fachleute anwesend, die ein gerechtes Urteil über die Baumsituation abgeben können.

Die Baumkommission muss viel besser informiert werden, so Frau Strunk. Ihre Entscheidungen können durch passende Vorlagen und Pläne erleichtert werden.

Herr Schlabach weiß aus eigener Erfahrung, dass über jeden zu beschließenden Baum ein Gutachten vorliegt. Der Schutz der Pflanzen ist vorrangig zu betrachten.

Herr Brune informiert im Rahmen der Fällung von Linden im Brüderweg über den dort geplanten Kreisverkehr im Einmündungsbereich Hessische Straße. Diese Baumaßnahme ist ausgesprochen wichtig für den Verkehrsfluss. Die Fachplanung ist bereits durch den Bauausschuss und Verkehrsausschuss genehmigt worden. Trotzdem bittet er auch hier um ein Votum zugunsten des Kreisels. Es ist eine Ersatzpflanzung für die zu fällenden Bäume vorgesehen.

Nach Meinung von Herrn Schlabach, kann dieser Ausschuss nur eine Empfehlung

bezüglich der Baumfällung abgeben. Die Baumaßnahme ist durch die zuständigen Fachausschüsse zu genehmigen.

Frau Strunk fehlen die nötigen Informationen, um heute einen Beschluss zu fassen. Daher bittet sie die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage vorzubereiten.

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

15. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

Vorlagenr. 1956/2002

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

16. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 8

Vorlagenr. 2085/2002

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002

17. Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Ausführungen von Herrn Dr. Kraft bezüglich der ökologischen Wasserwirtschaft und der Turmfalkenkästen sind dem Protokoll beigelegt.

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

26. AfULE 11.07.2002